Montag. Erste Ausgabe. Vormittags 11 Uhr. 23. Juni 1851.

Nr. 318.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Dorfstraße Nr. 8) und Dresden (bei C. Höckner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 1).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues vierteljährliches Abonnement auf die täglich zwei mal erscheinende Deutsche Allgemeine Zeitung. Der Preis beträgt wie bisher in Sachsen vierteljährlich 2 Thlr., für das übrige Deutschland und das Ausland 2¼ Thlr. Bestellungen, die man baldigst zu machen bittet, werden von allen Postämtern des In- und Auslandes, in Leipzig und Dresden von den Expeditionen angenommen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 21. Juni. Die Oberpostamts-Zeitung meldet als neueste Nachricht: Heute um 12 Uhr Mittags war eine Sitzung des hohen Bundestags, wozu alle HH. Gesandten sich eingefunden hatten. Nachmittags 5 Uhr ist ein großes Diner bei dem Bundespräsidialgesandten Grafen v. Thun und Hohenstein, zu welchem sämmtliche Herren Bundestagsgesandten eingeladen sind.

— Im Dresdner Journal wird aus Frankfurt a. M. in Abrede gestellt, daß die hamburger Excesse, „zu deren Beendigung diesmal ein scharfes Einschreiten des gerade anwesenden österreichischen Militairs diente", einen Gegenstand der Berathung der Bundesversammlung gebildet hätten; auch von einem Proteste des hamburger Senats sei keine Rede.

△ **Berlin**, 21. Juni. An die Anwesenheit des Fürsten Paskewitsch knüpfen sich Gerüchte von gemeinschaftlichen Operationsplanen, die aber so vage klingen, daß ich nur ganz beiläufig ihrer Erwähnung thue. — In der Politik gibt es fast wenig Neues. Die Proteste auf den Kreistagen mehren sich und die Regierung scheint sich noch nicht ganz sicher zu fühlen. Wenigstens sieht sich die Kreuzzeitung gemüßigt, über die Oppositionspresse eine Ladung ihres Zornes zu ergießen, ihr auch nicht undeutlich mit „Maßregelung" zu drohen. Sollten die Gründe schon ausgegangen sein, daß das ehrenwerthe Blatt die Polizei zu Hülfe rufen zu müssen glaubt? Jedenfalls scheint die Opposition unbequem zu sein. — Die Unterhandlungen mit Hrn. v. Duesberg wegen Uebernahme des Finanzportefeuille scheinen gescheitert, da Letzterer Berlin wieder verlassen hat. So weit sich unsere alten Staatsmänner überhaupt nach Systemen classificiren lassen, kann Hr. v. Duesberg zu den Anhängern des Freihandels gerechnet werden. Auf dem Vereinigten Landtage von 1847 sprach er sich wenigstens entschieden gegen die schutzzöllnerische Politik aus.

Breslau, 21. Juni. Gestern Nachmittag ist, wie die Neue Oder-Zeitung berichtet, infolge eines beim Musiklehrer Bratke gefundenen Briefes bei Präsident Prof. Nees v. Esenbeck ebenfalls eine und zwar erfolglose Haussuchung abgehalten worden.

— Die Preußische Zeitung berichtet aus Düsseldorf vom 20. Juni: Die Staatsregierung scheint entschlossen, sich in dem Gange, welchen sie eingeschlagen, in keiner Weise beirren zu lassen. Durch eine Ministerialverfügung sind, sicherm Vernehmen nach, die königlichen Landräthe angewiesen, wo der von ihnen einberufene Kreistag seither die ihm angesonnene Wahl der Einschätzungscommission zur Einkommensteuer ablehnen zu müssen geglaubt hat, denselben nochmals einzuberufen und ihn zur Vornahme der Wahl zu veranlassen, sobald aber die Weigerung wiederholt werden sollte, sofort selbständig die Einschätzungscommission zu ernennen.

— Auch in Rheydt wurden die Papiere des dasigen Turnvereins von der Polizeibehörde mit Beschlag belegt.

φ **München**, 20. Juni. Der Aufenthalt des Königs in der Eremitage bei Baireuth scheint zu ungestörten Berathungen mit seinen Vertrautesten über den bevorstehenden Umschwung der Dinge benutzt zu werden, da auch der Legationsrath Dönniges dahin berufen ist. — Die Militairpensionen im Königreiche Baiern sind seit sechs Jahren um 300,000 Fl. gestiegen; hochgestellte Offiziere, Generale, wurden bei der Pensionirung befördert, und so ihre Bezüge aus Gunst erhöht; andere, diensttaugliche und wackere Leute, wurden und werden ohne irgend annehmbaren Grund, z. B. wegen Mangels an der vorgeschriebenen Gesinnung, pensionirt. Kein Wunder also, daß der König infolge der übeln Finanzlage und der ihm deshalb von den übrigen Ministern gemachten Vorstellungen bisjetzt auf den ihm durch das Kriegsministerium vorgelegten Armeebefehl noch nicht einging. Das wegen der in Kurhessen verursachten 1½ Mill. Fl. Unkosten an das Finanzministerium gegangene und von demselben abgewiesene Ansinnen hatte die in mehre Journale übergegangene Kunde von einer bei Bankiershäusern versuchten, aber abgelehnten Anleihe veranlaßt. Diesem wurde widersprochen, es wird aber, und vermuthlich nicht mit Unrecht, dennoch geglaubt.

Die münchener Journale ließen heute das Testament der verstorbenen Herzogin v. Leuchtenberg eröffnen und den Prinzen Karl als „Vollstrecker" desselben von seinem Sommeraufenthalte Tegernsee hierher eilen. Der Testamentsexecutor wird aber wol erst in demselben ernannt sein, welches bei den Acten des Staatsministeriums des königlichen Hauses liegt und vor Eintreffen der (noch mangelnden) Vollmachten der Erben nicht eröffnet werden darf.

— Wir haben schon neulich die Versicherungen der Neuen Preußischen Zeitung, daß das preußische Cabinet fest entschlossen sei, die Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein entschieden aufrecht zu erhalten, als Spiegelfechterei erklärt (Nr. 314); in demselben Sinne schreibt die Weser-Zeitung von der Niederelbe: Nachdem Preußen Dänemark gegenüber eine Position nach der andern aufgegeben, zuerst die südliche Hälfte Jütlands, dann Nordschleswig, dann auch Südschleswig geräumt, endlich den Dänen das Kronwerk überlassen — nachdem es gestattet hat, daß die deutschgesinnten Schleswiger, die treuen Bundesgenossen Preußens in den Jahren 1848—50, theils abgesetzt, theils verbannt, theils ihrer Güter beraubt wurden, klingt es wahrlich wie bittere Ironie, wenn man dem Publicum Sand in die Augen streuen und es glauben machen will, man denke in Berlin noch ernstlich an die Aufrechthaltung der Rechte der Herzogthümer, jener Rechte, unter denen die Unzertrennlichkeit, die Zusammengehörigkeit derselben obenansteht. Wer die Rechte der Herzogthümer ernstlich schützen will, darf am wenigsten damit anfangen, Land und Leute den Dänen in die Hände zu spielen. Und das ist leider schon im vollsten Umfange geschehen. Nur die Anwesenheit der Bundestruppen in Holstein scheint den Dänen noch eine kleine gêne aufzuerlegen; sonst würden sie gewiß auch schon mit einer neuen vermehrten Auflage des Amnestiedecrets vom 6. Juni hervorgetreten sein, da sie, und wir glauben mit Recht, der Meinung sind, daß ihre Herrschaft in Schleswig nicht eher gesichert sei, bis die tüchtigsten Deutschgesinnten auch aus Holstein verbannt sind. Ein dänisches Provinzialblatt gab sogar in den letzten Tagen den naiven Rath, man solle die Auswanderung der „talentvollen Fanatiker" (d. h. der angesehensten Schleswig-Holsteiner) nach Amerika auf alle Weise, und sei es sogar daß man ihnen Geld zugebe, befördern.

— Man schreibt dem Frankfurter Journal aus Luxemburg: Anfangs der Regentschaft des Reichsverwesers im Jahre 1848 hat das Reichsministerium für die von ihr ressortirenden Behörden die Prädicate „hoch" und „hochlöblich" ganz aufgehoben, eine Maßregel, die auch in Preußen Nachahmung fand und allgemein wurde. Der eben wieder zusammengetretene, reactivirte Bund hat die altgebäuchlichen Prädicate wieder hervorgesucht; unser Festungsgouverneur wird in den Noten des Bundes wieder, wie vor 1848, „hochlöblich" geheißen. Wie gleichgültig und unwesentlich dieser Titelkram an und für sich auch ist, so will man hier doch danach den Standpunkt bemessen, auf welchen sich der Bund stellt.

Wien, 20. Juni. Man ist seit gestern damit beschäftigt, die zur Abhaltung des Reichstags mit einem Aufwande von 150,000 Fl. umgestalteten Localitäten der Winterreitschule wieder ihrer frühern Bestimmung zuzuführen. Die Mobilien sind einstweilen in den Magazinen der Staatsdruckerei im Franciscanerkloster untergebracht worden.

Frankreich.

Paris, 20. Juni.

Ludwig Napoleon ist damit beschäftigt, eine Botschaft an die Nationalversammlung und ein Manifest an das französische Volk auszuarbeiten, deren Veröffentlichung für den Augenblick bestimmt ist, daß die Nationalversammlung mit einfacher Majorität die Revision der Constitution votirt.

— Der Präsident des Civiltribunals der Seine hat den Repräsententen Lemulier ermächtigt, eine Verleumdungsklage gegen Carlier und Forcade anzubringen, in welche auch der Redacteur des Corsaire Vérmaitre verflochten ist. Lemulier verlangt 3000 Fr. Schadenersatz, die er für die Armen von Paris bestimmt.